

## Presseinformation

17. Mai 2004

### Ausbau des Zentralklinikums St. Pölten

#### Land NÖ genehmigt erweiterte Kosten

Das Zentralklinikum St. Pölten wird weiter ausgebaut. Am 29. Jänner 2004 hat der NÖ Landtag die Aufstockung der Investitionskosten für den Ausbau des Zentralklinikums St. Pölten, resultierend aus der Errichtung eines zweiten Herzkatheters, der Beschaffung von medizinischen Großgeräten sowie für die Neuerrichtung der 2. Medizinischen Abteilung von ursprünglich 56.684.810,65 Euro (ohne Umsatzsteuer) auf geschätzte Gesamtkosten von nunmehr 99.520.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) genehmigt. Diesem Landtagsbeschluss schloss sich jetzt die NÖ Landesregierung in ihrer vergangenen Sitzung einstimmig an.

„Der erweiterte Investitionsbedarf erklärt sich vor allem aus drei Projekten, welche für die Versorgung der niederösterreichischen Bevölkerung dringend notwendig sind, sagte heute Niederösterreichs Gesundheits-Landesrat, Emil Schabl.

Der erhöhte Investitionsbedarf beinhaltet die Errichtung einer zweiten Herzkatheteranlage, die Anschaffung medizinischer Großgeräte und die vorgezogene Neuerrichtung der 2. Medizinischen Abteilung. Der stationäre Bereich der 2. Medizinischen Abteilung soll für 90 Betten errichtet und betrieben werden. Zudem wird ein Endoskopiezentrum und auch ein Bereich für Nuklearmedizin mit PET und entsprechend unterstützender Labormedizin eingerichtet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 99.520.000 Euro.

Die in Niederösterreich bereits vorhandene Aufteilung in Gesundheitsregionen mit den entsprechenden Schwerpunktkrankenhäusern funktioniert bestens. Mit dem nun in Angriff genommenen Ausbau des Zentralklinikums St. Pölten wird ein weiterer Schritt zur Sicherung einer umfassenden Gesundheitsversorgung in Niederösterreich unternommen. „Eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik bedeutet, das Leistungsangebot für die Versicherten an die Bedarfslagen von morgen anzupassen. Die Behandlung Kranker nach dem neuesten Stand der Medizin, ein umfassendes Präventionsangebot sowie die immer wichtiger werdende Betreuung älterer Mitbürger stehen dabei für das Land Niederösterreich bei der Erfüllung seines gesundheitspolitischen Versorgungsauftrags im Vordergrund“, meinte Schabl.



## Presseinformation